

# QUARTALSBERICHT

**Projektland: Republik Moldau**

**Quartal/Jahr: II/2012**

## SCHLAGZEILEN

- 1. Bilanz der ersten 100 Tage des neuen Präsidenten**
- 2. Neue Schritte Richtung Europäische Union**
- 3. Föderalisierung des Landes oder warum kommt Bundeskanzlerin Merkel nach Chisinau ?**

Der vierte Präsident der Republik Moldau, Nicoale Timofti, ist nun seit 100 Tagen im Amt. Nach langem Tauziehen wurde er schließlich mit 62 Stimmen des pro-europäischen Bündnisses und der unabhängigen Abgeordneten gewählt. Der neue Staatspräsident ist ein erfahrener Richter aber kein Politiker. Den Beruf des Staatsoberhauptes muss er jetzt erst noch erlernen. Seine ersten 100 Tage waren nicht sonderlich spektakulär, oder wie einige Experten sagen, halt „verfassungsgemäß“.

Zu Beginn seiner Amtszeit besuchte Timofti Brüssel und Bukarest, wo er ziemlich positives Echo hervorrief. In Brüssel betonte er die Bereitschaft der Republik Moldau berechnete Auflagen der europäischen Union zu erfüllen, forderte aber auch im Gegenzug von der EU, Moldawien in einigen Bereichen wie der Liberalisierung des Visaregimes entgegen zu kommen. Sein Besuch in Bukarest brachte frischen Wind in die Beziehung der beiden Länder. Das gute Verhältnis zu Rumänien wird allerdings mit einem gewissen Argwohn von Seiten Moskaus betrachtet. So wurde während des GUS-Gipfels in Moskau der moldawische Präsident vom russischen Staatsoberhaupt, Wladimir Putin, vollständig ignoriert. Das Einzige, was Timofti auf der Habenseite verbuchen konnte, war ein bilaterales Gespräch mit dem aserbaidschanischen Präsidenten Aliiev.

Auch innenpolitisch hat der Staatspräsident noch keine Akzente gesetzt. Als erfahrener Jurist und Richter verweigerte er allerdings die Unterzeichnung des Gesetzes zur chemischen Kastration Pädophiler. Da das Gesetz gegen die Menschenrechte verstieß, verwies er das Gesetz zur erneuten Lesung an das Parlament zurück. Nach der wiederholten Verabschiedung des Gesetzes durch den Gesetzgeber, war dann gemäß moldawischer Verfassung Timofti doch gezwungen, es trotz seiner Bedenken zu unterzeichnen.

Das umstrittene Anti-Diskriminierungsgesetz, später in Gesetz zur Chancengleichheit umbenannt, wurde jedoch vom Staatspräsidenten sofort unterzeichnet. Das Gesetz wurde gemäß der EU-Auflagen für Liberalisierung der Visabestimmungen verabschiedet. Die rechtliche Gleichstellung der sexuellen Minderheiten löste den Zorn und Unmut der Kirchenvertreter und eines Großteils der Bevölkerung aus. Die Regierung war daher versucht, das Gesetz wieder zu stoppen.

Zwei Mal wurde bisher die Sitzung des Obersten Sicherheitsrates des Landes vom Präsidenten anberaumt. Das war ein mutiger Schritt. Beide Treffen beschäftigten sich mit zwei hoch brisanten Problemen des Landes, der Korruption und der Finanzsicherheit des Landes.

Zur Lösung des ersten Problems betonte Timofti die Notwendigkeit der Justizreform sowie die Bekämpfung der Korruption in diesem Bereich durch eine bessere Entlohnung der Richter, die mindestens 1000 Euro monatlich betragen sollte. Nach ersten Schätzungen sollen sich die Kosten

für die Justizreform auf ca. 126 Millionen Euro belaufen. Einen Teil dieses Geldes, nämlich 10 Millionen Euro, möchte die Regierung von der EU bekommen.

Das zweite Treffen war den Raider-Attacken (feindlichen Übernahmeversuchen) auf die drei größten Banken des Landes und einer Versicherung vom August 2011 gewidmet. Der Präsident musste dieses Thema aufgreifen, als in den Medien berichtet wurde, dem Obersten Gericht in London lägen Beweise vor, dass diese Angriffe vom ersten stellvertretenden Parlamentspräsidenten und neu gewählten ersten Vizepräsidenten der Demokratischen Partei, Vlad Plahotniuc, ausgingen. Für zusätzlichen Wirbel in Presse und Gesellschaft sorgte dann eine weitere Meldung. Angeblich wurde gegen Plahotniuc ein Strafverfahren in Zypern eingeleitet.

Ausgeräumt wurden die Probleme in den zwei Sitzungen nicht. Der Präsident benannte keinen Schuldigen und so wird das Thema nach wie vor im Kreis der Medien und Experten diskutiert. Währenddessen die Rechtsorgane nur tatenlos zusehen können.

Nicolae Timofti hatte bisher weder politische noch diplomatische Erfahrung. Er wurde sogar von vielen als unsichtbare Person in der moldawischen Politik bezeichnet. Er sei zu schwach und wird von der Allianz manipuliert, so einige Experten. Sicher braucht er noch Zeit stärker und sicherer zu werden, denn die politische Konstellation ist selbst innerhalb der Allianz nicht einfach.

In den ersten 100 Tagen der neuen Präsidentschaft kam auch Bewegung ins linke politische Lager. Bereits im Oktober 2011 hatten drei kommunistische Abgeordnete die Partei verlassen. Weitere folgten nun im Juni 2012. Der Boykott der Parlamentssitzungen der Kommunisten führte anscheinend zu Unzufriedenheit und Auseinandersetzungen innerhalb der Partei. So verließ nun Vadim Misin, eine der wichtigsten Figuren der Partei, mit zwei anderen Abgeordneten die Partei. Misin kündigte bereits an, sich nicht der Sozialistischen Partei Dodons anzuschließen sondern eine eigene Partei zu gründen. Dieser „Verrat“ Misins bewegte Kommunisten nun ins Parlament zurückzukehren.

Die Republik Moldau machte weitere Schritte in Richtung Visaerleichterung und Zusammenarbeit mit der Europäischen Union. Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Chancengleichheit (Anti-Diskriminierungsgesetz) und der Strategie zur Reformierung des Zentrums für die Bekämpfung der Korruption und Wirtschaftskriminalität hat die Regierung die ersten Auflagen für die Lockerung des Visaregimes erfüllt. Die Republik Moldau ist jetzt in die zweite Runde des Dialogs eingetreten. Wie der Europäische Kommissar für Erweiterung, Stefan Fule, bei einem Treffen zur Östlichen Partnerschaft äußerte, ist die Republik Moldau, zumindest was Visaerleichterung angeht, auf einem guten Weg. Eine Frist wurde von den EU-Mitgliedsstaaten noch nicht genannt.

Ministerpräsident Vlad Filat unterzeichnete in Brüssel ein Abkommen über den gemeinsamen Luftraum mit der Europäischen Union. Die Vereinbarung soll demnächst den moldawischen Fluggesellschaften die Möglichkeit geben, europäische Flugsicherheitsstandards zu übernehmen und Investitionen zu fördern.

Von Brüssel kehrte der Ministerpräsident zurück mit der Ankündigung, die Bundeskanzlerin, Angela Merkel, möchte noch im August des Jahres Chisinau besuchen. Mit dieser Ankündigung wurde der Gedanke des Föderalismus wieder zum Leben erweckt. Die Idee der asymmetrischen Föderalisierung des Landes wurde zum ersten Mal 2003 vorgelegt. Russland schlug das sogenannte „Kozak Memorandum“ vor. Es wurde aber vom damaligen Staatpräsidenten, Voronin, abgelehnt. Im Juni 2012 brachte der bulgarische Abgeordnete des Europäischen Parlaments die Idee der Föderalisierung als eine mögliche Lösung für den Transnistrien-Konflikt wieder ins Gespräch. Diese Vorstellung teilt auch der Exkommunist Dodon. Er behauptet, es sei die Absicht der Bundeskanzlerin, die moldawische Regierung von der Föderalisierung „zu überzeugen“.

Im Rahmen einer dreitägigen OSZE –Konferenz im bayerischen Rottach-Egern, trafen sich am 20. Juni 2012 der moldawische Ministerpräsident, Vlad Filat, und der Präsident der nicht anerkannten Republik Transnistrien, Jewgeni Schewtschuk. Nach amtlicher Aussage führten sie Gespräche zu Maßnahmen im Bereich Wirtschaft, Sicherheit und Gesellschaft. Nach nicht amtlichen Aussagen hätte man jedoch die Möglichkeit eines Föderalisierungskonzeptes erörtert.

Filat und Schewtschuk haben beide diese Deutungen ihrer Gespräche zurückgewiesen. Nach der Meinung einiger Experten ist dieser Gedanke der Föderalisierung in diesem Fall nicht geeignet,

da weder Chisinau noch Tiraspol auf einen derartigen Wandel vorbereitet sind. Auch sei die Bevölkerung der beiden Seiten noch nicht bereit, diese Herausforderung anzunehmen.

Die Hauptstädte Tiraspol und Chisinau sind verschieden ausgerichtet: Erstere schaut nach Osten und zur Zollunion mit Russland, Weißrussland und Kasachstan. Letztere blickt nach Westen und zur Europäischen Union.

Auch die Identitätsfrage der moldauischen Bevölkerung macht die Lösung dieses Konflikts nicht leichter. Der Sondergesandte Russlands für Transnistrien, Rogozin, meint, die Politiker aus Chisinau müssten sich über die eigene Identität entscheiden. Sind sie Rumänen oder Moldawier. Entscheiden sie sich für Rumänen, dann bleibt die Republik Moldau ohne Transnistrien. Rogozin vertritt ebenfalls die Meinung, nur durch Föderalisierung kann der Konflikt beendet werden. Unabhängig davon sollte die Republik Moldau aber Russland als die einzige politische Autorität und Macht in der Region anerkennen.

Die Umsetzung des Föderalisierungsgedanken allein gewährleistet jedoch nicht automatisch den Erfolg. Chisinau und Tiraspol sollten zuerst einmal die wirtschaftliche Zusammenarbeit intensivieren und bessere Lebensbedingungen der Bevölkerung gewährleisten.

### **Violeta Sandru**

#### **Die Autorin ist Büroleiterin der Hanns-Seidel-Stiftung in Chisinau, Republik Moldau**

##### **IMPRESSUM**

Erstellt: 15.07.2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2012

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,  
Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [iiz@hss.de](mailto:iiz@hss.de), [www.hss.de](http://www.hss.de)